

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 022-2018
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2018.RRGR.96

Eingereicht am: 15.02.2018

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Benoit (Corgémont, SVP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Erziehungsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert



Ist Asylpolitik in der Schule zulässig?

Laut regionalen Medien fand am 6. Februar 2018 in Courtelary eine Unterstützungsaktion statt. Drei Klassen des Schulverbands Cormoret-Villeret-Courtelary (Covicou) kamen so dem Aufruf einer Mutter aus dem Dorf nach, die sich gegen den Umzug einer Familie von Wirtschaftsflüchtlingen wehrte, deren Asylgesuch abgelehnt worden war und die das Land verlassen muss. Die Kinder wurden mit Plakaten und Transparenten fotografiert, auf denen eine Verschiebung des geplanten Umzugs von Courtelary nach Tramelan verlangt wurde.

Der negative Asylentscheid ist anscheinend Gegenstand eines Wiedererwägungsgesuchs, doch bis dahin verfügt die besagte Familie über keinen anerkannten Flüchtlingsstatus und fällt in die Kategorie der Personen, die das Asylrecht missbrauchen, um ihr Glück auf dem Weg der wirtschaftlichen Einwanderung in die Schweiz zu versuchen. Sie schaden damit den Personen, die im Sinne des Asylrechts wirklich bedroht sind.

Wie einige Eltern dem Unterzeichner berichteten, haben die Kinder von der Schule einen Flyer nach Hause gebracht, auf dem zur Demonstration und zur Unterzeichnung einer Petition an die zuständige Behörde zugunsten der betroffenen Familie aufgerufen wurde.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. War die Schule von Courtelary bzw. die Leitung des Schulverbands über die Abhaltung dieser Demonstration informiert?
2. Wenn ja: Hat die Schule bzw. die Leitung die private Initiative der besagten Mutter offiziell unterstützt?
3. Stimmt es, dass die Schülerinnen und Schüler von Cormoret, Villeret und Courtelary an der Schule einen Flyer erhalten haben, den sie nach Hause gebracht haben, um ihn von den Eltern unterschreiben zu lassen und auf dem zur Demonstration aufgerufen wurde? Und wenn ja: Wer hat diesen Flyer an die Schülerinnen und Schüler verteilt?
4. Wurden die von den Kindern verwendeten Plakate während des Schulunterrichts an den Schulen von Cormoret und/oder Villeret und/oder Courtelary hergestellt?
5. Standen die Lehrkräfte oder das Schulpersonal der Covicou-Schulen in Bezug auf Inhalt und Gestaltung der von den Kindern verwendeten Plakate helfend, unterstützend oder inspirierend zur Seite?
6. Fand die Demonstration innerhalb des Schulgeländes oder in unmittelbarer Nähe statt oder wurden die Plakate in Schulumnähe aufgestellt?
7. Fand die Demonstration während des Schulunterrichts, während einer Pause oder ausserhalb des Schulunterrichts statt?
8. Wenn eine oder mehrere der oben stehenden Fragen mit ja beantwortet werden: Ist es normal, akzeptabel oder legal, dass der schulische Rahmen für Propagandazwecke zugunsten von Migranten genutzt wird?
9. Welche Sanktionen sind gegebenenfalls möglich, und wird man sie auch treffen?

Verteiler

- Grosser Rat